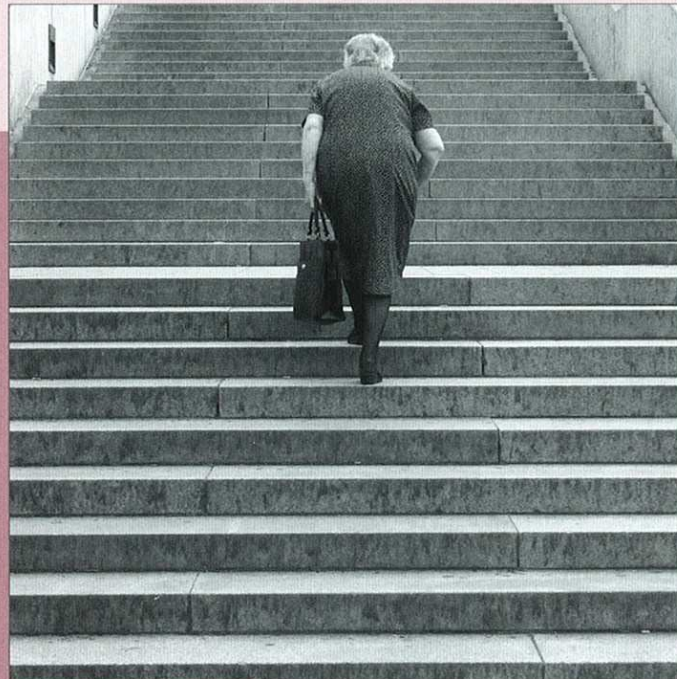


Sozialmagazin

Die Zeitschrift für Soziale Arbeit

12
2008



Wohlfahrtsstaat
Zukunftsbild
Altenhilfe

Editorial

Die Seniorenpolitik oder Altenhilfe ist ein Stiefkind der Sozialpolitik. Das wird sich angesichts des demographischen Wandels grundlegend ändern müssen – zum Wohle aller.

Altern und Demographie verlangen einer Kommune mehr als nur deren Hilfenetz. Sie verlangen auf mehreren Ebenen ein Umdenken, wie Ulrich Otto im Titelthema anschaulich und nachvollziehbar darlegt. Zum einen geht es um die „gebaute Stadt“, also um das Räumliche, das Gegenständliche: die Wohnungen, die Entfernungen, die Sportstätten, die kulturellen Orte und natürlich auch um die baulichen Hindernisse.

Aber es geht auch um etwas Nicht-Gegenständliches, nämlich die Stadt als Lebensform. Damit ist Urbanität gemeint, Gemeinwesen, wohl auch die Atmosphäre einer Stadt – ob sie weltläufig ist oder eng, ob sie gern Neues probiert und eine Kultur des Helfens besitzt. Weiter ist die Kommune als Institution natürlich eine wichtige Ebene, aber auch der politische Raum für verfasste Beteiligungen und mehr vielleicht noch die Partizipationsmöglichkeiten für nichtverfasste Akteure.

Zwischen all diesen Ebenen lässt sich das Neue denken: aktives, kompetentes Alter. Das soll und darf keinesfalls bedeuten, die schweren Seiten des Alters mit seinen vielen Problemen zu leugnen. Aber es fordert dazu auf, Alternsprozesse systematisch daraufhin zu betrachten, wie sie durch die Beeinflussung (oder die Initiierung) von Umfeldbedingungen anders und besser verlaufen können, als es bisher geschieht.

Genießen Sie die Ruhe zwischen den Jahren,
Ihre

Wira Puhel

INHALT

Titelthema

- 12** Sozialräumliche Wohlfahrtsgesellschaft
Fokus Kommune: Den demographischen Wandel gemeinsam gestalten – oder das Zukunftsbild der Altenhilfe
Ulrich Otto



Mehr als Altenhilfe, mehr als Seniorenpolitik: die Stadt, die Kommune, das Gemeinwesen, das sind die zentralen Ebenen der Gestaltung einer älter werdenden Gesellschaft. Hier werden die Folgen des demographischen Wandels konkret erlebt. Hier werden die entsprechenden Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen an Dienste und Einrichtungen konkret und offenkundig. Hier werden sie artikuliert und hier werden auch entsprechende Antworten, Lösungen und Angebote erwartet. Wo sonst wird der Sozialstaat so deutlich spürbar?

Aus der Wissenschaft

- 24** Verbesserungsfähig, aber unverzichtbar
Kritische Bemerkungen zur Neuauflage des Standardwerks von Ernst Engelke „Theorien der Sozialen Arbeit“
Konrad Maier

Aus der Disziplin

- 28** Kein Fall ohne Feld
Raum und Zeit: Überlegungen zu den Dimensionen des Sozialen
Peter Pantucek

Wie werden in der Beratungstätigkeit Entscheidungen darüber gefällt, was Thema ist und was nicht? Das sind weitreichende Entscheidungen, die bestimmen, in welche Richtung sich die Fallbearbeitung entwickelt. Unser Autor Peter Pantucek sieht die Zukunft einer wissenschaftlich begründeten und wissenschaftlich ausgewiesenen Sozialen Arbeit in der genauen Analyse und Weiterentwicklung ihrer Technik der Fallbearbeitung. Dazu muss sie sich der Mikrostruktur der Beratung und des Fallverständnisses zuwenden. Sie muss zu einer „normalen,“ anwendungsbezogenen Wissenschaft werden. Der Beitrag versucht, das am Beispiel der Thematisierung von Räumen und Zeit in der Beratung beispielhaft zu explizieren.

Sozialräumliche Wohlfahrtsgesellschaft

Fokus Kommune: Den demographischen Wandel gemeinsam gestalten – oder das Zukunftsbild der Altenhilfe

Die Stadt, die Kommune, das Gemeinwesen – das sind die zentralen Ebenen der Gestaltung einer älter werdenden Gesellschaft. Hier werden die Folgen des demographischen Wandels konkret erlebt. Hier wird gelebt, geliebt, gearbeitet, im besten Falle geboren und ebenso gestorben. Hier werden die entsprechenden Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen an Dienste und Einrichtungen konkret und offenkundig. Hier werden sie artikuliert und werden auch entsprechende Antworten, Lösungen und Angebote konkret und unmittelbar erwartet. Und hier vor Ort wird auch der wesentlichste Teil des Sozialstaats konkret erlebt, sozusagen der „gefühlte Sozialstaat“!

1. Fokus Kommune

Mehr als Altenhilfe, mehr als Seniorenpolitik Arnsberg, Amtzell, Augsburg – es gibt sie durchaus, die Vorzeigekommunen in Sachen aktive Gestaltung der demographischen Umbrüche, und dies sind nur die unter „A“ – allerdings unterstreichen sie als strahlkräftige Ausnahmen umso stärker den Befund des NAIS-Projekts der Bertelsmänn-

ner: „kommunale Seniorenpolitik fristet in der kommunalen Wirklichkeit ein Schattendasein als mehr oder minder bedeutsamer Teil kommunaler Sozialpolitik.“ Im Bild: da hängt irgendwo die Seniorenpolitik an einem langen dünnen Faden aus dem Zentralbereich, der Sozialpolitik heraus – dabei müsste die Forderung doch heißen, die „Daseinsvorsorge für die Älterwerdenden“ ins kommunale Netz zentral hineinzuspinnen, nicht nur zentraler zu platzieren, sondern in einem vernetzteren Verständnis zu integrieren:

Wenn wir das wollen, dann ist die Stadt / die Kommune für uns nicht nur das Dienste- und Hilfenetz. Altern und Demographie wären in ihren Konsequenzen auf mindestens vier weitere Ebenen zu reflektieren, unter denen Stadt und Gemeinde verstanden und behandelt werden kann:

- als gebaute Stadt,
- als Lebensform (Urbanität, Gemeinwesen),
- als Institution (Kommune),
- als „Regierungsraum“, insbesondere auch Raum politischer Beteiligung, auch nichtverfasster Akteure.

Und dann – und natürlich nicht zuletzt – auch als Dienste- und Hilfenetz.

Gemeinwesen als zentraler Gestaltungsrahmen Dabei ist es schon eindrucksvoll: Der Mainstream sozialer Gerontologie im Zwischenfeld aus Wissenschaft und Praxisberatung und -evaluation transportiert eine gewaltige Renaissance der Gemeinwesenorientierung – viele prominente Referenzmodelle, -konzepte und -texte verorten die ganze



Foto: Wolfgang Schmidt

Bandbreite des Älterwerdens explizit im zentralen Gestaltungsrahmen des Gemeinwesens und der Kommune.

Damit sind wir bereits mitten drin in den Leitbildern: die grundlegende Dauer-Herausforderung – gerade in der Kommune – liegt darin, unser Denken und unsere Sprache im Hinblick auf das Alter zu verändern, das Altenbild geradezu vom Kopf auf die Füße zu stellen, und, wo immer es geht, über gesellschaftliche Produktivität im Alter und Solidaritäten statt in erster Linie über „Ruhestand“, „Fälle“ und „Bedarfe“ nachzudenken. Dabei sind die älteren Ambivalenzen des Blicks auf kompetente und aktive / aktivierbare Ältere längst nicht vom Tisch, und neue Ambivalenzen kommen hinzu (Lessenich/Otto 2005). Der Beitrag kommt später darauf zurück.

Leitbild des aktiven kompetenten Alters

Zwischen diesen Polen aber geschieht das Positive: Mehr und mehr greift eine allgemeinere Idee der Aktivierung, des lebendigen kompetenten und mit-

oder selbstverantwortlichen Alters Platz. Dies alles bedeutet nicht, die schweren Seiten des Alterns, das vierte Alter und die Pflegefrage auszuklammern. Aber auch hier sind Denkweisen und Sprechweisen gefragt, die Potenziale erkennen lassen. Das darf nicht bedeuten, das Altwerden und auch das schwere Alter zu leugnen oder zu verdrängen. Aber es bedeutet doch, systematisch Prozesse ins Kalkül zu nehmen, die so oder eben auch etwas anders verlaufen können, und damit durch Umfeldbedingungen auch beeinflusst werden können.

Der „Ermöglichungsstaat“ ...

All diese Facetten vor Ort sich verändernder Altersbilder befördern auch neue Bilder von Intervention und Daseinsvorsorge. Die Idee des ermutigenden, ermöglichenden Staates / Kommune (in der Soziologie: enabling state) bleibt unverändert aktuell: die fixe Idee der Politik, der Institutionen, des Sozialmanagement, der Dienste muss hierbei immer neu heißen: wo sehen wir so etwas wie sich selbst verstärkende Prozesse, wo aus Lebensqualität und Wohlbefinden vor Ort ein positives Lebensgefühl ent-

steht, das wiederum Gesundheit und die Produktivität befördert? Wo aus klug balancierter neuer Urbanität, klug balancierter Verdichtung plus Individualität Nachbarschaften und Austauschbeziehungen entstehen? – Wo sind diese Regelkreise und wie können wir sie positiv in Gang bringen, so dass sie sich gegenseitig verstärken – Regelkreise freilich, die über mechanische Solidarität, technischen Anreiz und technokratische Planung hinausgehen, und die dennoch Interventionen zugänglich sind – bewusster Gestaltung, absichtsvollem, aber sensiblen Herauslocken und Ermöglichen (Otto, 2008c)?

... und seine sozialen Fundamente

Denn nicht zuletzt brauchen diese positiven Regelkreise ganz praktische Startpunkte: wie wohnen wir, wie ist die Pflege organisiert, welche Verantwortung wird in Gemeinschaften übernommen – alles praktische Startpunkte im Gemeinwesen und der Stadt.

Es sind genau diese Hintergründe, vor denen heute wieder in vielen Städten mit „Seniorenplanung“, begonnen wird, vor denen darum gerungen wird, wie den demographischen Herausforderungen gerecht zu werden ist. Das Problemverständnis in den unterschiedlichen Städten geht dabei weit auseinander, erkennbar etwa daran,

- inwiefern die Bürgerinnen und Bürger zentral in der „Planung“ mit involviert sind,
- wer welche Initiative ergreift und wie die Rollen verteilt sind, beispielsweise zwischen Stadtseniorenrat und Stadtverwaltung, zwischen Politik, Wohlfahrtsverbänden, lokaler Wirtschaft,
- oft stehen diese Akteure dafür, dass es schon mit einem ganz anderen Begriff von „Daseinsvorsorge“ losgeht, dass die Perspektive Älterwerden weit über Altenhilfe hinaus in den Blick genommen wird,
- dass „soziale und pflegerische Infrastruktur“ inzwischen nicht mehr nur in Kategorien von Versorgung, von Einrichtungskennziffern und modularisierten Dienstpaketen gedacht wird,
- sondern eine zunehmende Ahnung und Erfahrung Platz greift, dass die Fundamente der sozialen und pflegerischen Infrastruktur kulturelle und soziale Milieus, dass sie Bindungen und Netzwerke, sowie Mitmachbereitschaft, Solidarität usw. heißen (Beiträge in Otto/Bauer 2005).

- Und dass Kosten der Daseinsvorsorge eben auch Sozialinvestition – eben Vorsorge – bedeuten.

Hier allerdings kommen wir dann schon wieder auf die Kommune zurück ...

Nun fangen in der Konkretisierung die Probleme erst richtig an. Konfrontieren wir also einen Moment die gerade geäußerte Potenzialvermutung mit der Frage nach den Akteuren.

Zuständigkeiten – wer soll es richten?

Die kommunale Verpflichtung zur Daseinsvorsorge stellt seit Jahren die Folie für die unterschiedlichen Zuständigkeiten dar. Aber diese Verpflichtung muss erstmal ausbuchstabiert werden und es ist kein Zufall, dass sich die wichtigsten Fragen wieder in der Kommune und in der Stadt stellen: welche Knoten besetzen die unterschiedlichen Akteure, wer verknotet und entwirrt, wer überprüft das Netz auf etwa Stimmigkeit, Tragfestigkeit, überdimensionierte und unterdimensionierte Stränge. Deshalb kommt immer wieder die Forderung auf die Tagesordnung, zu einer „neuen Arbeitsteilung“ zu kommen, die Soziologie spricht vom neuen ‚welfare mix‘ und neuen ‚policy mix‘:

Die landläufige arbeitsteilige Akteurskonstellation mit je fein getrennten Zuständigkeiten auf der Basis teils vorhandener, teils angenommener oder traditionell behaupteter Stärken muss allerdings nicht die einzig richtige sein. Wir können es auch kritischer sagen: sie passt zu einer – erneut: verrichtungsbezogenen – Logik der (erst einmal!) Ausdifferenzierung von Funktionen.

Der Preis der Arbeitsteilung im Sozialen

In dieser Logik geht der „Blick aufs Ganze“ – auf die konkrete Lebens- und Hilfewelt, wie sie für die Menschen erfahrbar ist – oft erst mal gründlich verloren. Hier fällt dieses nötige Ganze erst mal auseinander in lauter – oft hervorragend professionelle – vereinzelte Teile und Dienste, ... um dann etwa im Modell des Kontraktmanagement wieder mühsam verknüpft zu werden. Reine Dienstleistung lässt sich in diesem Modell in der Tat bei gekonnter Handhabung gut managen, – es lässt sich aber fragen, ob beziehungsweise unter welchen Zusatzbedingungen dies Modell trägt, wenn wir uns auf den

Weg zu jenem „demographiesensiblen“, „aktivierenden“, „senioren- oder generationenfreundlichen“ Gemeinwesen aufmachen wollen.

Die Wissenschaftler Laville und Evers etwa löcken hier mit ihren „hybriden Organisationen“ gründlich wider den Stachel. Die Hybridisierung – die Wiedereinspinnung zunächst wesensfremder Funktionen in gesellschaftliche Zentralinstitutionen – in Schulen ebenso wie Unternehmen, aber auch Bauämter, Verkehrsgesellschaften und vieles andere mehr – ist bei ihnen dabei ebenso programmatischer Vorschlag wie Interpretation beobachtbarer Entwicklungen. Wichtig ist für uns die Pointe: dass sie immerhin stattfindet, die engagierte Debatte darum, wie integrative, kaum universalisierbare, bürgersinnige und partizipative Elemente viel kräftiger hineinkommen in das, was dann eher „sozialräumliche Wohlfahrtsgesellschaft“ denn „kommunaler Sozialstaat“ heißen müsste.

Komplementär zu dieser Suchbewegung zur Frage „wer ist für was zuständig?“ ist ein Weiteres: Es scheint so, dass einige Debatten im Prinzip nicht mehr so ideologisch geführt werden müssen wie noch vor wenigen Jahren. Die Frage etwa, inwieweit sich Prävention lohnt, inwieweit es sinnvoll ist, Angehörige noch unterhalb ihrer absoluten Wirkkönnen-nicht-mehr-Schwelle zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen zu ermuntern. Aber im Zweifelsfall werden dann freiwillige Leistungen rund um Prävention, Feldbezug und integrierte Dienste – egal wie evident ihr Nutzen aus Wissenschaftssicht ist – eben doch nicht gewährt – weil letztlich doch ganz altmodisch nach Kostenstellen gerechnet wird und eben nicht in integrierter Sicht. Auch der aktuelle Streit um die richtige Ausgestaltung von Pflegestützpunkten hat im Kern genau damit zu tun.

Wider den Rückzug auf rigide Kernaufgaben

Es ist dieser Kontext, in dem eine verfeinerte Form der „accountability“, der Zurechnung von Nutzen und Lasten gefordert (und in einigen Kommunen auch schon angewendet) wird:

- so weit wie möglich in den Foren des Gemeinwesens den Nutzen zu verdeutlichen, den die je einzelnen Beteiligten davon haben (zum Beispiel von Präventionsmaßnahmen).

- Kosten und Nutzen zu quantifizieren und eine Gemeinschaftsfinanzierung der Nutznießer zu installieren.
- Und auch dies wäre eine wichtige Zentralfunktion des kommunalen Sozialstaats, der unmöglich alles selber machen kann und soll: die Foren so zu moderieren, dass die Nachweise kommunizierbar werden, dass sich die Investition rechnet, etwa weil damit Einsparpotenziale erschlossen werden können, ein Bewusstsein hinzubekommen, dass die Seniorenpolitik – und hier insbesondere die weichen Leistungen – nicht Sozialkonsum, sondern Sozialinvestition sind.

2. Top 7 der Agenda 2050

Damit sind zentrale Aspekte angesprochen, warum die Ebene der Kommunen für das tatkräftige Annehmen der demographischen Herausforderung so zentral ist. Vor diesem Hintergrund geht es nun um so etwas wie die „Top 7 der Agenda 2050“ – gewonnen gewissermaßen in einem etwas hemdsärmlichen Verfahren einer Art qualitativer Inhaltsanalyse der Themenstichworte von Neujahrsempfängen, Tagungsprogrammen, und Zeitungs- und Zeitschriftenrundschau. Ich greife mit den Top 7 einige derjenigen Themen heraus, die der ergrauenden Gesellschaft gerade auf kommunaler Ebene besonders unter den Nägeln brennen.

1) Wo bewirken?

Das Hohelied auf die Potenzen des Gemeinwesensnetzes (mit all seinen Verlogenheiten etwa bei der Gestaltung und Umsetzung der SGB XI-Reform usw.) wurde schon angedeutet, ebenso die schwierige große Frage:

2) Wie verantwortungsvoll Aktivierung gestalten?

Schwierig ist das Leitbild des aktiven Alters, weil es missbraucht und übertrieben werden kann:

- Immer noch gibt es im Aktivierungsblick auch noch den Substitutionsblick und das Schielen auf die vor allem helfenden Hände – manchmal als kaum verhüllte Sparstrategie.
- Natürlich gibt es auch die kontrafaktische Beschwörung der familialen Solidarität und der unbedingten Verpflichtung – Basis dafür ist das Bild der „robusten Netzwerke“.

- Und mehr und mehr kommt eine ganz andere widersprüchliche Seite des eigentlich positiven Blicks auf die „Potenziale des Alters“ (so der Titel des jüngsten Bundes-Altenberichts) zum Vorschein: die bisweilen übersteigerte Suggestion, dass die Menschen sich in allen Altersaltern gewissermaßen selbst erschaffen können, sich jung und aktiv halten können – wenn sie es nur wollen, wenn sie nur die Arbeit am Selbst, am eigenen Körper als Daueraufgabe begreifen.
- Und das Thema Ungleichheit – ökonomisch, geschlechterbezogen, mit Blick auf Migrationsbiografien – holt uns auch hier wieder ein, so gern es auch vergessen wird: gerade Handeln, das auf Aktivierung und Eigenverantwortung setzt, muss in besonderem Maß und sensibel milieuspezifische Chancen und Barrieren beachten.

3) Für wen denken wir Stadt?

Die Top 3 hieße: Welche Leitvorstellung – an wen denken? Denken wir die Stadt wirklich für alle Altersalter? Für alle Lebensformen? Und eben für beide Geschlechter, alle Ethnien, für alle Ressourcenausstattungen, also auch die Schlechtergestellten? Wir sind Zeugen, teilweise Mitakteure einer eindrucksvollen Änderung der kommunalen Leitvorstellungen – immerhin: es ist eine richtige Richtung, wenn die Leitidee „Generationenfreundliche Gemeinde“ paradigmatisch die Strategie der Nachwuchssicherung verknüpft mit der Strategie der Zusammenarbeit der Generationen und der entsprechenden Aktivierung aller fürs Gemeinwesen und des Gemeinwesens für alle Bewohnerinnen und Bewohner.

Da hat der Beirat der Bertelsmannstiftung schon recht: „Leitbilder der Art ‚Junge Stadt‘ oder ‚Region der Seniorenwirtschaft‘ sind jeweils für sich nicht zukunftsfähig.“ Dass eine konsequente Einbeziehung der demographischen Entwicklung in die Stadtplanung möglich ist und eine Kommune sogar attraktiver machen kann, zeigen Gemeinden wie Amtzell im Allgäu (Stichwort Generationendorf), Viertel wie die neue verdichtete Tübinger Südstadt haben hier enormes Potenzial und richtungsweisende Ansätze, sind aber noch längst nicht die ganze Antwort.

Integriertes Leitbild oder Etikettenpolitik?

Die Tiefenbindung der Leitideen ist allerdings oft noch unklar. Ist es doch nur Etikettenpolitik? Nur

Marketing? Und kann es sein, dass die ja längst überfällige Generationenbrille uns noch blinder für die subtilen und manifesten sozialen Ungleichheiten macht? Wie wird das Ziel der Generationenfreundlichkeit im sozialräumlich genaueren Blick eingelöst: in Segregationsgestalten oder in generationsintegrierter Stadtbewohnung? So wären die konkreten Dimensionierungen des Projekts Generationenfreundlichkeit gründlich genauer zu befragen, etwa danach:

- welche Netzwerkvorstellung steht dahinter?
- was fehlt – in Sachen dynamischer zivilgesellschaftlicher Entwicklung und Bürgerschaftlichen Engagements? Hinsichtlich der Mentalitäten der Bevölkerung, des Meinungsbildungsprozesses, der Leitbildentwicklung?
- Und atmet hier nicht doch die Altenhilfelogik, welche Rolle spielt demgegenüber die Idee des „sozialen universal design“, „das Normale“ senioren- beziehungsweise demographiefest zu machen – also die Arbeit mit allen „Normalinstanzen“?

Und à propos Altenhilfe geht es hier natürlich immer wieder auch um die Frage:

Wie helfen?

Als immer noch guter Platzhalter könnte auch nach fünf Jahren die Auflistung der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ dienen über wichtige und zunehmend erforderliche sozialpflegerische Dienste:

- Hauswirtschaftliche Dienste
- Übrige Hilfen beim Alltagsmanagement (etwa Mobilitätshilfen)
- Hilfen für (ältere) Menschen mit Behinderungen
- Beratung, Vermittlung, Case-Management (CM gerade bei komplexen Hilfebedarfen)
- Kommunikations- und kontaktsichernde Hilfen insbesondere für Alleinstehende
- Gruppenspezifische (alternative) Wohnangebote
- Unterstützung der selbständigen Lebensführung chronisch Kranker
- Kommunale Dienste/Angebote der Gesundheitsförderung
- Medizinisch-pflegerische Prävention/Rehabilitation



Foto: Wolfgang Schmidt

- Hilfen für Demenzkranke und ihre Angehörigen
- Unterstützung pflegender Angehöriger
- Hilfen zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege
- Integrationsdienste und sonstige Dienste für (ältere) Migrantinnen und Migranten
- Sterbebeistand und Hospizarbeit

Diesen ganz wichtigen Bereich der unverzichtbaren und jeweils für sich qualitativ voranzutreibenden Dienste-Mosaiksteine aber lasse ich zunächst weg – als sechstes der Top 7 kommt das Thema „wie helfen“ nachher noch mal mit Blick aufs verknüpfte Ganze: „wie integrierter helfen?“ Aus der Liste aktueller Top-Themen würde ich gerne ein weniger Beachtetes hier in die Top 7 stellen:

4) Wieweit und wohin verdichten?

Zu zögerlich, zu spät wurde die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegenüber Familien (so der große Soziologe F.-X. Kaufmann) bekämpft, zu spät alle weiteren Demographieaspekte wirklich aufgenommen – mit unumkehrbaren Folgen. Schrumpfung ist nun für viele eine völlig neue Bedingung des demographischen Wandels – ich nenne sie, weil sie

zeigt, dass der Gegenentwurf einer kompakten und nicht zerfransenden Stadt so wichtig ist.

Die Szenarien sind für sehr viele Raumschaften in Ost aber auch in West teilweise ungeheuer. Es ist ein nachhaltiger Umbau des Bevölkerungsnetzes, es dünnt sich aus, mit längeren, schwächeren Fäden, zu wenigen Knoten, teilweise in der Fläche deutlich perforiert – und zieht analog eine Schwächung im Verkehrsnetz, im institutionellen Netz der gesamten Daseinsvorsorge nach sich – ob kommerziell oder kommunal. Dabei ist die Heterogenität der Situationen vor Ort riesengroß und wird weiter wachsen. Ganz grob kann gesagt werden, dass sich ökonomische und demographische Trends kleinräumig überlagern und in Richtung wachsender Ungleichheiten verstärken.

Als differenzierte und fallweise notwendig radikale ist die Debatte mit ihren haarigen Fragen jedenfalls in der Fläche noch nicht angekommen:

- Wo brauchen wir und wie kommen wir zu einer neuen Nahwanderung, aber mit umgekehrtem Vorzeichen?



Foto: Wolfgang Schmidt

DANKE....
 ...dass ich das
 noch erleben
 darf!!!

- Gibt es Möglichkeiten, die Suburbanisierung nicht nur aufzuhalten, sondern die Kernstädte in tragfähiger Generationenmischung zu beleben?
- Kann auch die teilweise „Perforation“ der Stadt (Beispiel Leipzig: Ersatz von Geschosswohnungsbau durch Einfamilienhäuser in der Stadt) mit einer funktionierenden individuellen und institutionellen Netzwerkstruktur einhergehen,
- oder was heißt konkret „kompakte Stadt“ – kleinräumig auch mit Blick auf Rand-, ländliche oder luxuriöse villenbestandene Halbhöhenlagen?
- Wenn Vernetzung genügend nah beieinanderliegende Knoten und nicht zu lange Schnüre braucht – brauchen wir dann die „Rekonstruktion der europäischen Stadt“ – wäre das der konsequente Rückzug aus der Siedlungsfläche zugunsten einer Rekonstruktion der verdichteten heterogenen Stadt?

- Allerdings: Nachdenklich macht schon der Widerspruch: einer zunehmend vorgetragenen Forderung, Bauleitplanung und Siedlungspolitik zu rekonzentrieren, steht der gerade durch Netzwerkdenken genährte Optimismus gegenüber, auch kleinere dezentrale Einheiten könnten effizient betrieben werden und gleichzeitig an unschätzbare gewachsene soziale Räume und Netze anknüpfen.

Es wäre großartig, wenn CO₂- und Demographie-debatte zusammen endlich den Diskurs über die bewohnbare anstatt der „zweckentfremdeten Stadt“ (so ein Buchtitel des klugen Tübinger Stadtplaners Andreas Feldtkeller) auf die Überholspur brächten.

Oft vergessene Grundlagen der Stadtentwicklung

Die Implikationen sind mächtig, nur zwei von ihnen werden hier angerissen:

- Sie verweisen (1) nicht zuletzt auf die zentrale Bedeutung der Raumplanung – auch hier ein Kooperationsthema unter anderem der interkommunalen Kooperation: wie ist es hinzubekommen, sich nicht beispielsweise mit der Ausweitung nicht zukunftsfähiger und weiter segregierender Baugebiete kaputtzukonkurrieren?
- Und sie machen (2) dringlich den Wunsch nach genauer netzwerk- und sozialraumsensibler Demographie (Otto 2008). Diese ist nicht nur in den relativ offensichtlich rasch ergrauenden Raumschaften wichtig, sondern auch in Städten wie etwa im süddeutschen Tübingen, wo die globalen demographischen Daten in der auch künftig vergleichsweise jung erscheinenden Stadt allzu trügerisch als Entwarnung verstanden werden könnten.

Mit der netzwerksensiblen Demographie lässt sich zeigen, dass auch in diesen Gemeinwesen die Mikrofundamente für soziale Unterstützung und Pflege genauso gefährdet sind wie anderswo, auch hier wachsen – nur als Platzhalter für die modernen Entwicklungen – ebenso die Frauenerwerbsarbeit und die Mobilität. Dann zeigt sich, dass das bloße Vorhandensein auch jüngerer Menschen in der Stadt für die konkreten Einzelnen sehr sehr abstrakt bleiben kann...

5) Wie wohnen?

Wohnen wird mehr und mehr auch vor Ort als das Schlüsselthema alternder Gesellschaften erkannt:

- Es stellt substantziell die Frage nach der generationellen Integration und Vernetzung.
- Hier eingeschlagene Wege rächen oder lohnen sich oft noch viele Jahrzehnte später: Bauten sind langlebig, Wohnbindungen sind langlebig und Fehler wie Potenzen wandern mit den Wohn-Kohorten durch die Zeit, wobei sie sich oft verstärken.
- Es ist ein schwieriges Feld, weil so viele Interessen, Denkweisen, Disziplinen dabei sind, einschließlich kommunaler Wohnungsbau, kommunale Wohnungsbauförderung, Bauleitplanung, Bauberatung.

Auf das große Spektrum lohnenswerter Modelle gehe ich hier gar nicht ein. Ebenso wenig auf die wichtige altersgerechte Gestaltung des unmittelbaren Wohnumfeldes, auf die zentrale Frage der Vernetzung unterschiedlicher Wohn- und Betreuungsangebote in kleinräumigen Lebenswelten, um ein Beispiel zu nennen. Stattdessen erinnere ich an eine Menge ungeklärter Fragen:

- Eine wird ebenfalls im erwähnten Tübingen so hartnäckig verfolgt wie sonst kaum irgendwo – und das ist gut so: Nutzungsmischung – wir wissen ganz wenig darüber, wie in längerfristiger Sicht gerade dieses in Deutschland unglaublich sperrige Thema möglicherweise für eine alternende Gesellschaft richtungsweisend wäre. Beispiele: Um wirklich die gerade für Ältere überlebenswichtigen Nahversorger strukturell selbst überlebensfähig zu halten, um ein dichtes Netz des öffentlichen Verkehrs (einschließlich CarSharing) sowie erreichbare Bibliotheken, Generationentreffpunkte usw. aufrecht zu erhalten.
- Wie kommen wir – auch mit Architekten, Kulturpolitik, Stadtplanung usw. weiter zu einem Design for all, universal design, das dennoch (und dadurch) gewünschte Profile, Identitäten, Distinktionen möglich macht, ausdrückbar macht?
- Bis heute besonders kontrovers ist das Thema des Umgangs mit baulicher Flexibilität, gerade, wenn diese radikaler gedacht wird. Hier ist zu fragen, ob nicht doch auch zu moderaten Preisen

mehr bauliche Flexibilität geht, ob dann wirklich jede Wohnung die Pflege bis zum Tode optimal ermöglichen muss (mit dem Rattenschwanz von Tiefgarage bis Aufzug) usw.

- Lässt sich unaufdringliche soziale Vernetzung auch baulich fördern? Gibt es netzwerk- und bewohnerfreundliche Bauformen? Lassen sich eigentlich Wohngemeinschaftsnetze infrastrukturell doch „vorspinnen“? Aber so, dass all diese Formen selbstbestimmt angeeignet werden können, auch noch in zwanzig oder sechzig Jahren? Hier finden wir vielerorts Überlegungen zu sozialverträglichem Bauen – mobilitäts- und gemeinschaftsfördernd, im Verbund kosteneffizient und kosteneffektiv, soziale Notwendigkeiten berücksichtigend.

Querverweise zu den anderen Top-Themen liegen auf der Hand:

- Kluge angemessene Inanspruchnahme so fördern, dass die sozialen Netzwerke nachhaltig leben und dauern können.
- Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten.
- Wieder diskutierte Formen wie der präventive Hausbesuch in Sachen Wohnberatung stehen für Zielsetzungen, weit im Vorfeld von Hilfe und Pflegebedürftigkeit – und damit noch gut verankert in der autonomieorientierten Lebenswelt der Älteren –, um eine frühe und rechtzeitige Aktivierung von Ressourcen zu gewährleisten und Risiken früh und rechtzeitig zu reduzieren (vgl. Beirat Bertelsmann Wohnen).

Das Thema Wohnen lässt sich nur vernetzt angehen, aber wer drin steht, hat es zu tun mit sehr verschiedenen Sprachen und Referenzsystemen, mit oft großer Verständnislosigkeit und dem Gefühl des Marktes der Beliebigkeiten: Es hat den Anschein, dass hier – zwischen Architektur, Planung oder auch Gerontec – in schneller Folge die Themenwellen abgearbeitet werden – jetzt ist gewissermaßen ein Amalgam aus der Dove-Werbung, der Silvermarket-Thematisierungswelle und der Aktivierungseuphorie dran. Deshalb ist es so dringlich, dass eine interdisziplinäre Gerontologie zusammenkommt mit einer Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die lebenswerte Stadt aller Altersalter.

Von hier aus ergibt sich die Frage:

6) Wie integrierter denken, integrierter helfen?

Ebenso wie vor Ort gewohnt wird, werden vor Ort Hilfen im besten Falle klug integriert als Maßanzüge konkret. Und erweitern wir „Integration“ als Leitbegriff, dann schließt er auch Möglichkeiten kulturell-sozialer Integration ein. Hier ergibt sich ein ungemein chancenreicher Diskurs – der Hilfeformen und Lebensformen gleichermaßen umfasst.

Die Integrationsperspektive, die Auflösung starrer Grenzen, das Zusammenfügen dessen, was Trägerhistorien, abgeschottete Professionen und sozialrechtliche Säulen sachunangemessen jahrzehntelang auseinandergerissen haben – das ist für deutsche Praxis vor Ort eine Riesenaufgabe. Die Stichworte sind weithin bekannt:

- Im Bereich Wohnen und Pflege sind noch zu oft sektorierte Konzepte zu finden,
- Der Verbund der interdisziplinären ambulant-stationären Versorgung ist noch immer unterentwickelt,
- neue Wege der Pflegeüberleitung für Patientinnen und Patienten zwischen stationärer und ambulanter Versorgung sind noch zu selten,
- dies alles gilt gerade auch beim Testfall der Versorgung von Menschen mit Demenz – eine auf kommunaler Ebene ausgebaute Beratungsinfrastruktur für diese ist noch immer geradezu Fehlanzeige gegenüber der Situation etwa bei den sozialpsychiatrischen Diensten;
- die getrennten Logiken finden sich ja nicht nur in den Versorgungsformen sondern auch tief in den Mentalitäten in der Bevölkerung wieder, die strikt und ziemlich dichotom trennen zwischen der häuslichen Versorgung, die fast ausschließlich durch Angehörige besorgt wird und einer vollstationären Versorgung ohne Beteiligung von Angehörigen – wo ist die große Bandbreite, die wirklich die Idee der „Pflegearrangements im ‚welfare mix‘“ einlösen würde?

Maßanzüge der Unterstützung und Hilfe

In diesem Kontext geht der internationale Leitbegriff „integrated care“ (also: integrative ganzheitliche Pflege) noch deutlich über die neuen deutschen Formen integrierter Versorgung im Gesund-

heitsmodernisierungsgesetz hinaus. Hier beginnt gewissermaßen erst die Arbeit an der vernetzten Einlösung wirklich integrierter Pflege und Sorge, und es ist gut, dass endlich dadurch entsprechende Übergänge geebnet und Schnittstellen qualitativ bearbeitbar werden. Die Herausforderung an multiprofessionelle Zusammenarbeit allerdings wird dadurch noch größer (vgl. Otto, 2008b).

Wichtig ist, dass inzwischen auf einem Feld der Prävention – demjenigen der Unausweichlichkeit der Heimpflege – sowohl aus dem wissenschaftlichen Raum wie von den Pflegekassen sehr weitgehend akzeptiert wird, dass das Verhältnis von häuslicher zu stationärer Pflege grundsätzlich beeinflussbar ist – durch ein Bündel von frühzeitigen präventiven Maßnahmen (etwa der geriatrischen Rehabilitation). Die Folgerung muss lauten, sich nachdrücklich für die Bekämpfung eines scheinbaren Automatismus zwischen Zunahme der Hochaltrigkeit und Zunahme der Pflegebedürftigkeit einzusetzen. Und für Prävention ist wichtig, sie gerade dann intensiv weiterzutreiben, wenn Krankheiten auftreten.

Fazit: So braucht die Perspektive auf „integrated living“ wie auf „integrated care“ gute Wissensnetze, um interdisziplinäre Grundlage zu verarbeiten, sie braucht gute Zusammenarbeitskompetenzen und -strukturen, um die schwierige multiprofessionelle Zusammenarbeit kultivieren zu können, sie braucht institutionelle tauglich geschnittene Netze und diese ganze Vernetzung braucht aber entsprechende administrative Strukturen: von lokalen Demographie- und Senioren-Beauftragten und entsprechenden Leitstellen über Lotsendienste, Pflegekonferenzen und Ideen der Sozialgemeinde und so manches andere mehr. Die riesige Herausforderung besteht darin, dass hier ebenso Mentalitäten und Strukturen einmal zu knacken und einmal weiterzuentwickeln sind – deshalb ist eine kräftige konzertierte Aktion so wichtig.

7) Wie beteiligen?

Die lebenswerte Stadt für alle Altersalter braucht Partizipation – als Schlüsselement einer Vernetzung mit denen, um die es wirklich geht. Dabei können wir erneut unterschiedliche Ebenen unterscheiden.



Foto: Wolfgang Schmidt

- Wie sieht es aus mit den Älteren bei der Nutzung jener allgemeinen Formen der Bürgerbeteiligung, die auch anderen in der Kommunalpolitik offen stehen – von Bürgerbegehren bis zu Petitionen usw. Wie sieht es aus mit den Interessen von Älteren, wenn etwa Freiburg dran geht, den Haushalt als Bürgerhaushalt aufzustellen – kommen sie auch hier zum Tragen?
- Wie durchlässig sind die runden Tische, Stadtteufen, die Stadtgespräche und ‚open spaces‘ wirklich für die Stimme der Älteren? Das hat auch eine Könnenseite: wie professionell flankieren sie partizipationsorientierte Planungsprozesse? Das hat aber auch eine organisations-kulturelle Seite und eine Seite der politischen Kultur: weder formalistisch-desinteressiertes Einspinnen noch erdrosselndes Einspinnen sind gefragt, sondern responsives, offenes, zutrauendes – nicht zuletzt eine Haltungsfrage aller Beteiligten. Eine breit basierte Bürgerkommunikation, ohne sie wird die Akzeptanz nicht zu haben sein,
- Frage, wie die gut etablierten eigenständigen Formen der Interessenbeteiligung auf kommunaler Ebene (Beispiel Seniorenbeiräte) sich noch mehr und besser auch in die neue bunten gewor-

dene Alterszene vor Ort einklinken können. Lassen wir sie nur auf einer Spielwiese spinnen, oder sind sie wirklich mitten drin?

Damit brechen wir den Schweinsgalopp durch die Top 7 der Themen für eine ergrauende Stadt erst einmal ab.

„Kommunale Hinwirkungsverpflichtung“ ...
 Abschließend noch mal zum Fokus politische Kommune – und eben doch noch mal zur Idee der Hilfemaßanzüge: Selbst ein Dutzend Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung haben wir es unverändert mit verbreiteten Zweifeln in vielen Kommunen zu tun, dass die Kommune auch in der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung die Letztverantwortung (im Bayrischen teilweise „Hinwirkungsverpflichtung“ genannt) trägt – ablesbar am konkreten Engagement beispielsweise für die komplementären Dienste. Und es könnte sein, dass die SGB XI-Änderungen diesen Trend verstärken.

Die wissenschaftliche Debatte – über Inanspruchnahme, über konkrete herausgebildete Pflegeset-

tings, über den Wandel des ‚welfare mix‘ und der Pflegemärkte vor Ort, über Defizite im sozialpflegerischen Bereich, über die Fernwirkung des medizinischen Paradigmas, über die blinden Flecke in Sachen nachhaltiger Flankierung beispielsweise bei der Betreuung Demenzkranker – lässt sich hier dagegen relativ eindeutig zusammenfassen – auch wenn es für fortschrittlichere Kommunen wie die Gebetsmühle klingt:

Vernetzen, Zusammenführen, den Blick aufs Ganze wahren, nicht zu spät beginnen (also: präventiv), nicht zu früh aufhören (also: unterstützend) – für all das muss kommunal Verantwortung übernommen werden – das hat Gerhard Naegele kürzlich noch mal eindrücklich herausgearbeitet:

(1) Kommunen müssen sich entschieden verstehen als moderierende, begleitende, vernetzende und steuernde Instanz pflegerischer Dienste und Angebote – gerade bei der Steuerung und Domestizierung des absichtlich geöffneten Pflegemarktes, gerade bei der Frage, wie im Zeitalter der Diagnosis Related Groups (DRG) die nachgehende Betreuung bei sehr frühen Krankenhausentlassungen funktionieren soll. Natürlich führt die Kommune im besten Fall kluge Regie in sich weitgehend selbststeuernden Netzen etwa vom Typ lokale Pflegekonferenz.

(2) Wer flankiert im Sinne des Modells des Pflegebedürftigkeitsprozesses den Primat der ambulanten vor der stationären Pflege und das Prinzip Rehabilitation vor Pflege nachhaltig? Wer sichert seine Fundamente durch Gesundheitsförderung, durch autonomieförderliches Wohnen? – Dies alles muss im kommunalen Raum verantwortet werden und passiert nicht automatisch.

(3) Wer ermutigt, moderiert, flankiert eine Qualitätssicherung, die in unterschiedlichen Gesetzeswerken gefordert und möglich ist, deshalb aber diesen Namen substantialiter noch lange nicht verdient? Wer nimmt hier – etwa im Geltungsbereich des Heimgesetzes – entschlossen auch bürgerschaftliche Aktive mit ins Boot? Gesucht ist eine vernetzte Qualitätssicherung, die dabei nicht zu normierender Initiativenblockierung wird. Es wird in vielen Fällen auch eine Qualitätssicherung durch Vernetzung sein, bis hin zur nur auf den ersten Blick spinnert anmutenden Quadratur des Kreises

in Gestalt einer Kontrolle durch Kooperation, etwa in Formen wie „Heimleiter kontrollieren Heimleiter“ (Sachsen).

(4) Und damit sind wir mitten in der Ermöglichung der „neuen Kultur des Helfens“, die ja explizit auch vom SGB XI (Pflegeversicherung) gefordert wird. Als zivilgesellschaftliche ist sie nicht einfach da und erneuert auch ihre Grundlagen nicht von allein. In dieser Sicht zeigt sich umso deutlicher, wie sehr das SGB XI eben nicht die ganze Riesenaufgabe solidarischen Lebens im Älterwerden und mit Älterwerdenden einlösen kann. Und sie ist ebenso eine Investitionsaufgabe für die Kommunen.

... trotz und wegen knapper Kassen!

Die Idee der „Hinwirkungsverpflichtung“ könnte so eine Übersetzungsvariante sein für den enabling state, der sich weder auf die Nachwächterfunktion beschränkt noch auf die Formel der „Totalität und Universalität des gemeindlichen Wirkungskreises“. Dieses „enabling“, das Ermöglichen und Ermutigen und Flankieren von selbstaktiven Netzen – auf der institutionellen wie individuellen Ebene – ist dabei ungemein lohnend, aber auch ungemein anspruchsvoll – überall finden wir gelungene Beispiele, zähe Beispiele und gescheiterte Projekte.

An die weiter schwierigen Rahmenbedingungen der kommunalen Finanzen erinnere ich nur: die Herausforderungen durch die neuere Qualitätssicherungsgesetzgebung, die neuen Krankenhausabrechnungsmodi, die gewollte Öffnung für die Privat-Gewerblichen auch im BSHG (Sozialhilfe) und die mit all dem einhergehenden neuen Steuerungen. Die Bandbreite der Auswirkungen des demographischen Alterns ist groß, die Abfolgen, die „Problemgruppen“ sind verschiedene – gleich ist das Ausmaß der Herausforderung: sie ist sehr groß – auch in vermeintlich jungen Gemeinwesen. Und je früher sie angenommen wird, umso besser. Bei allen neuen Steuerungen sollte ein einfaches aber umso wichtigeres Prinzip nicht vergessen werden: es bleibt bei der kommunalen Letzt- und Gesamtverantwortung für Quantität, Qualität und konkrete Ausgestaltung der sozialen Dienste und Einrichtungen vor Ort (dies hat das Bundesverfassungsgesetz vor genau vierzig Jahren, mithin einem halben Menschenleben klargestellt).

Wir haben die vernetzte gemeinsame Gestaltung alles andere als systematisch, aber doch immerhin ausbuchstabiert.

- Mobilisieren wir die Reserven, die im Fachaustausch zwischen Stadt- und Regionalplanern und den Sozialpolitik-Verantwortlichen liegen.
- Nachdem vor Ort so viele erfolgreiche oder Erfolg versprechende Einzel- oder Modellprojekte (befristete) Änderungen erreicht haben: Verstetigen wir die Netzwerkknoten, nutzen wir schon erprobte Lösungen, lernen wir von Modellen und entwickeln sie weiter!
- Zentrieren wir bei der Kultur des Helfens nicht nur auf die Kultivierung der Hilfen, sondern auch auf eine Kultur des rechtzeitigen Hilfeannehmens.
- Berücksichtigen wir dabei auch die weiter große soziale Ungleichheit, Ungleichheit auch bei der Kompetenz, Hilfen in Anspruch zu nehmen – weshalb zugehende und aufsuchende Dienste immer wichtiger werden – zentrale Idee des Einnetzens auch jener, die selbst von sich aus keine Fäden spinnen oder doch zu spät.
- Kluge Steuerung wird sich daran messen lassen müssen, inwieweit sie das Potenzial der Wirkungsorientierung nutzt, um sinnvoller Prävention den Weg zu ebnen, um die Bedarfsgerechtigkeit zu erhöhen und dabei nicht nur einem harten verrichtungs- und versorgungsbezogenen Paradigma nachzulaufen.
- Die Betrachtung war bislang deutlich auf die Einzelkommune begrenzt – erinnert sei dennoch das Potenzial, noch sehr viel mehr kommunale Netzwerke zu spinnen, um einerseits Zielkonflikte beispielsweise in der Flächenplanung gemeinsam zu bearbeiten, andererseits aber auch einfach mehr voneinander angesichts der Megaaufgabe zu lernen.
- Gefragt sind Projekte reflexiver Vernetzung, die Generalfrage ist, ob möglichst überall „Schnittstellen zu Nahtstellen“ werden.

Vernetzt und gemeinsam gestalten? Die Spannung zwischen dumpfer, sicherheitsfokussierter „what works“-Mentalität und mutigem, partizipationsoffenen, ideenhungrigem Realitätssinn immer neu aufzumachen und auszutariieren, gemeinsam das Projekt einer lebenswerten Stadt für alle Lebensla-

gen voranzutreiben – das lohnt unbedingt! Großartig, wo Bürger und Bürgerinnen, Fachkräfte, zivilgesellschaftliche Akteure und hybride Organisationen sich gemeinsam auf den Weg machen!

Notiz zum Autor

Dr. rer. soc. habil. Ulrich Otto, bis 2008 Prof. für Sozialmanagement an der Universität Jena, seit 2008 Prof. an der FHS St. Gallen (CH), dort u.a. Mitarbeit im Kompetenzzentrum Generationen
 Kontakt: ulrich.otto@fhsg.ch

Anmerkung

1 Zentrale Gedanken des Textes wurden vorgetragen auf dem DGGG-Kongress 2007 in Hannover (Sektionen 3 und 4) sowie auf einem öffentlichen Workshop im Rahmen der Seniorenplanung der Stadt Tübingen im Januar 2008.

Literatur

- Lessenich, S., & Otto, U. (2005). *Das Alter in der Aktivgesellschaft – eine Skizze und offene Fragen zur Gestalt eines „Programms“ und seinen Widersprüchen*. In U. Otto (Hg.), *Partizipation und Inklusion im Alter: aktuelle Herausforderungen* (S. 5-18). Jena: IKS Garmond (zugleich Internetpublikation, URL: <http://w210.ub.uni-tuebingen.de/dbt/volltexte/2006/2225/>)
- Otto, U. (2008). *Zerbröckelt das soziale Fundament?: Demografische Trends in Mikro- und Makroperspektive als Herausforderung für die Gesellschaft und ihre Institutionen*
- Otto, U. (2008a). *Alter/Alte Menschen*. In A. Hanses, & H. G. Homfeldt (Hg.), *Lebensalter und Soziale Arbeit* (S. 192-209). Hohengehren
- Otto, U. (2008b). *Soziale Arbeit im Kontext von Unterstützung, Netzwerken und Pflege*. In K. Aner, & U. Karl (Hg.), *Lebensalter und Soziale Arbeit: Ältere und alte Menschen* (S. 109-122). Hohengehren. (Bd. 5 der Buchreihe *Basiswissen Soziale Arbeit*, Reihen-Hg.)
- Otto, U. (2008c). *Cultivating the strengths of „weak professions“: Gerontological social work in the helpless enabling state – the case of Germany*. (submitted to: *Journal of Social Work*; under review)
- Otto, U., & Bauer, P. (Hg.). (2005). *Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten*. Bd. 1: *Soziale Netzwerke in Lebenslauf- und Lebenslagenperspektive*. Bd. 2: *Institutionelle Netzwerke in Sozialraum- und Kooperationsperspektive*. Tübingen